

Die US-Politik bedroht die anwaltliche Freiheit – auch in Europa

Als Journalistin und Juristin beobachte ich mit Grausen, wie der bisher einflussreichste Rechtsstaat der Welt wankt.

Die Angriffe der Trump-Regierung werden immer heftiger. Die dortige Anwaltschaft scheint in Schockstarre verfallen, ihr Schweigen ist ohrenbetäubend. Aufrufe der *American Bar Association* (ABA) zum Schulterchluss verhallten bisher ebenso wie die Stimmen von rund 1.000 US-Associates, die von ihrem Kanzlei-Management Haltung einforderten. »Es kann nicht dabei bleiben, weitgehend anonym zu sagen, dass jemand etwas unternehmen sollte«, postete *Rachel Cohen*, eine Skadden-Associate, die den Brief mitorganisiert hatte. Einzelne Anwälte und Kanzleien wagen sich zwar aus der Deckung, aber *Cohens* Aufschrei zeigt, wie besorgniserregend die Lage ist.

Derzeit sind es vor allem State Attorneys und Richter, die der Dekrete-Politik trotz aller Angriffe auf sie mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen. Das macht Hoffnung (und böte Anlass, in Deutschland einmal mehr über die Weisungsbindung von Staatsanwälten zu sprechen). Es wird aber nicht reichen, weil *Trump* Gerichtsentscheidungen immer wieder missachtet und Amtsenthebungsverfahren gegen standhafte Richter fordert. Eine Blitzumfrage von JUVE Mitte März 2025, an der sich fast 230 Chefjuristen in Deutschland beteiligten, ergab, dass 38 % befürchten, dass das US-Justizsystem irgendwann nachgeben wird. Bei meiner Oma würde das sehr ungute Erinnerungen wecken.

Der politische Angriff auf Kanzleien strahlt schon jetzt auf Europa aus. 20 Law Firms, fast alle auch in Deutschland aktiv, sollen ihre Diversity-Maßnahmen offenlegen, verbunden mit detaillierten Informationen zu einzelnen Personen – und zur Diversity-Politik von Mandanten. Bis Redaktionsschluss hatten neun von ihnen an ihren Programmen geschraubt. Ob sie auch Auskunft erteilen? Derzeit unklar. Klar ist: Verschwiegenheitspflichten, Legal Privilege und Datenschutz wären damit das Papier nicht mehr wert, auf dem sie stehen.

»Wenn Anwälte sich nicht dagegen wehren, wie wollen sie ernsthaft behaupten, die Interessen ihrer Mandanten – unabhängig von Gewinn und politischer Opportunität– ordentlich wahrzunehmen?« fragte mich eine junge Verfassungsrechtlerin vor wenigen Tagen. Effiziente Verteidigung und zivilrechtliche Beratung sind ohne die Vertraulichkeit jeglicher Kommunikation zwischen Anwalt und Mandant undenkbar. 58 % der Chefjuristen in der JUVE-Umfrage erwarten entsprechend Widerstand von den Kanzleien. Deutsche Verteidiger arbeiten etwa in Compliance-Mandaten regelmäßig mit und neben internationalen Kanzleien – wie viel Vertrauen kann man zueinander noch haben? Und als Mandant? Ist das Modell »globale Kanzlei« so überhaupt noch vertretbar? Und wie wirkt dies alles auf die Governance europäischer Unternehmen?

Keine Sekunde zu früh also, dass internationale Anwaltsorganisationen Stellung beziehen. Es könnten und müssten mehr sein. Derartige Initiativen mögen im Weißen Haus wenig Eindruck machen, sind aber Rückendeckung und Mahnung für jeden Anwalt nicht nur in US-Kanzleien: Mahnung, sich daran zu erinnern, wofür er oder sie steht und was Mandanten in rechtsstaatlichen Systemen erwarten (dürfen). Zum Glück haben es viele Anwälte hüben wie drüben nicht vergessen. Diese Mehrheit muss allerdings sehr viel lauter werden, damit meine Oma ruhig schlafen kann.

Redakteurin Astrid Jatzkowski, JUVE, Köln